

Alexander Rahr¹

Warum wir Russland brauchen²



Deutschland spielt im außenpolitischen Denken Putins eine übergeordnete Rolle. Während Putin über das fehlende strategische Denken anderer EU-Politiker spöttelt, sieht er in Deutschland einen Anwalt für die eigene Westpolitik. Nicht umsonst hat Putin seine wichtigsten außenpolitischen Reden auf deutschem Boden gehalten und sonstige Signale ausgeschickt. Eine Verbesserung des persönlichen

Verhältnisses zu Berlin ist ihm, so wird in Moskau immer wieder gesagt, äußerst wichtig. Vielleicht wird es den deutschen Führungseliten einmal Leid tun, nicht mehr für das Verhältnis zu Russland getan zu haben, als ein „Deutscher“ im Kreml regierte. Russland als potentieller Verbündeter Europas

Der Westen und Russland brauchen neue Ideen – der Kalte Krieg ist Geschichte. Sieht Europa nicht, dass Russland sein potentieller Verbündeter ist? Die EU benötigt dringend ein Ziel, ein dynamisches Megaprojekt, um seine Bürger weiterhin für den europäischen Gedanken zu mobilisieren und die wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos wurde gesagt, dass die EU die Türkei und die Ukraine von sich aus um einen EU-Beitritt bitten sollte.

¹ Prof. hon. Alexander Rahr, geb. 1959 in Taipeh, Osteuropa-Historiker, Unternehmensberater, Publizist. Studium/Promotion an der Universität München; war

Analyst im Bundesinstitut f. ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST), bei Radio Liberty und der Rand Corporation; langjähriger Programmdirektor Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums, betreut den Arbeitskreis „Gemeinsamer Raum Lissabon-Wladiwostok“; Berater von Wintershall Dea, seit 2015 Berater f. EU-Angelegenheiten von Gazprom. Buchautor, zuletzt: *2054: Putin decodiert*. 2003 Bundesverdienstkreuz, 2019 Russischer Orden der Freundschaft, Honorarprofessor der Moskauer Diplomatenschule und der Higher School of Economics.

2 Der Beitrag fußt auf den Thesen der Bücher von Alexander Rahr: „Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen“, Hanser 2011 und „2054: Putin decodiert“, Eulenspiegel Verlag 2018.

Denn nur durch eine unausweichliche Vergrößerung des Binnenmarktes von 500 auf 600 Millionen Menschen könne die EU ihr Überleben im künftigen Wettbewerb mit Asien sichern. Die einst gefeierte Währungsgemeinschaft und Wertegemeinschaft der EU gerät nach der Corona-Krise in Gefahr, immer mehr zu einer Schuldenunion bzw. Transfergemeinschaft zu verkommen, zu Lasten der wirtschaftskräftigeren Mitgliedsstaaten. Die EU wird künftig zur Geisel der eigenen Wohlstandssysteme, für deren Erhaltung schlicht die Finanzmittel fehlen werden. Der Westen hat lange über seine Verhältnisse gelebt. Wahrscheinlich kann die Einheit Europas im Osten künftig nur mit dem Einschluss Russlands vollendet werden. Europa ist vom Atlantik bis zum Pazifik durch das Christentum und die Aufklärung geprägt und durch eine gemeinsame Geschichte verbunden. Zusammen mit Russland würde Europas Binnenmarkt 750 Millionen Menschen umfassen. Russland ist wichtig, um weiterhin in Europa Wohlstand zu generieren. Einmal mehr muss die Wirtschaft der Vorreiter zur Verbindung eines gemeinsamen Zivilisationsraumes sein. Die russische Führung besteht aus überzeugten Europäern. Russlands Beitritt zu den europäischen Institutionen würde die Länder „dazwischen“ automatisch mit Europa zusammenschließen. Der finanzielle Faktor würde im Falle Russlands eine andere, vielleicht sogar umgekehrte Rolle spielen als bei den mittelosteuropäischen Staaten. Moskau würde als Mitgift eigene Finanzmittel in das gemeinsame Haus Europas einbringen.

Eine Freihandelszone zwischen EU und Russland?

Im November 2010 reiste Wladimir Putin als Ehrengast zum Wirtschaftsforum der Süddeutschen Zeitung nach Berlin und schlug dort die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland vor. Es war schon das dritte Mal, nach seiner Reichstagsrede 2001 und seinem Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, dass Putin vom deutschen Boden aus neue politische Offerten an den Westen machte. Klar – Deutschland war und blieb Russlands bevorzugtester Partner. Putin fasste seinen Vorschlag folgendermaßen zusammen: Die EU wäre im Prozess einer unumkehrbaren De-Industrialisierung, praktisch auf dem Weg zu einer reinen Dienstleistungsgesellschaft ohne Produktionsstätten. Russland würde gerade seine Industriebasis erneuern und sei auf technologische Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen. Russland wolle eine zweite Industriebasis Europas werden, dafür benötige es aber für seine Produkte den freien Zugang zum EUMarkt. Dies sei im Rahmen einer Freihandelszone zu bewerkstelligen. Merkel reagierte erstaunlich unwirsch auf Putins Vorschlag und mahnte zunächst den Beitritt Russlands zur WTO an. Ohne Rechtssicherheit und ein gemeinsames Wertefundament seien Verhandlungen über das Binnenmarktangebot Phantasie. Welche praktischen Vorteile hätten deutsche Firmen auf dem russischen Markt im Falle der Errichtung einer Freihandelszone bekommen können? Natürlich hätten diese von der Marktöffnung stärker profitiert, denn, anders als in Russland, verfügten sie über hochwertige wettbewerbsfähige Produkte, die von Einfuhrzöllen, lästigen Tarifen und Zertifikaten befreit worden wären. Russland war anscheinend zu großen Zugeständnissen bereit. Das Land benötigte zur eigenen Modernisierung dringend die technologische Zusammenarbeit mit dem fortschrittlichen Deutschland. Russland besitzt und liefert all die Rohstoffe, die für ein Funktionieren der EU-Wirtschaften benötigt werden. 40% des nach Europa importierten Erdgases und 30% des europäischen Ölbedarfs stammen aus der russischen Förderung.

Nach der Nuklearkatastrophe in Japan ist Deutschland aus der Atomenergie ausgestiegen und in eine wachsende Abhängigkeit von Energieimporten gefallen. Von seinen Bodenschätzen her ist Russland das reichste Land der Erde, die bedeutendsten Rohstoffvorkommen lagern hinter dem Ural. Die Flächen des asiatischen Teils Russlands sind erst zu einem Zehntel geologisch erforscht. Vor allem unter dem Frostboden im Nordosten Sibiriens warten Bodenschätze unvorstellbaren Ausmaßes auf ihre Exploration. Nach dem Untergang des tatarisch-mongolischen Reiches vor 500 Jahren konnte sich das russische Zarenreich relativ schnell und ungehindert 6000 Kilometer nach Osten bis zur Küste des Pazifischen Ozeans ausbreiten. Hätte Zar Iwan IV. die tatarische Hauptstadt Kasan 1552 nicht erobert und Russlands Expansionsdrang nicht die Tore nach Asien aufgeschlagen, wäre Sibirien, eine der größten Schatzkammern der Welt, heute unter der Kontrolle einer islamischen Großmacht oder Chinas und von Europa abgeschnitten. Laut einer Studie von Goldman Sachs wird Russland 2030 die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt sein – nach den anderen BRICS Staaten China und Indien, aber vor Deutschland. Rohstoffvorkommen werden die Weltpolitik noch stärker bestimmen. Ressourcen sind eine geopolitische Ware. Es stimmt, dass nach den russisch-ukrainischen Gaskriegen 2006 und 2009 die EU darauf bestand, sich von der Idee einer Energieallianz mit Russland zu emanzipieren und über die Entwicklung umweltgerechter Zukunftstechnologien und die Förderung regenerativer Energiequellen der Umklammerung durch die Öl- und Gasproduzenten Russland zu entfliehen. Doch die Enthusiasten der „grünen Wirtschaft“ konnten nicht ahnen, dass die einheimische Industrie bei der Produktion der „grünen Technologien“ in eine noch größere Abhängigkeit geraten würde – nunmehr vom Import seltener Rohstoffe. Die umweltfreundliche Produktion, die Deutschland sich als klimapolitisches Ziel selbst auferlegt hat, benötigt Hochtechnologiemetalle und Seltene Erden. Letztere sind metallische Grundstoffe mit außergewöhnlichen Eigenschaften. Sie gelten als

unentbehrlich etwa für Metalllegierungen und Spezialgläser. Die Bandbreite reicht von Batterien über Mobiltelefone, Laser und Flachbildschirme bis zur sensiblen Militärtechnik. Der weltweite Bedarf an Seltenen Erden beträgt über 200.000 Tonnen. Der Markt wächst um das Zwanzigfache, denn ohne diese Rohstoffe kann die EU ihre ambitionierten Klimaziele nicht erfüllen. Die Chinesen bezeichnen ihre Vorräte an Seltener Erde als ihre wichtigste Wirtschaftswaffe. In Russland lagern die weltweit drittgrößten Bestände Seltener Erden. Außer in Russland gibt es auf dem europäischen Kontinent keine Vorkommen. Deutschland weiß, dass es seine technologische Basis nutzen kann, um die Rohstoffproduzenten wie Russland zu Rohstoffpartnerschaften zu bewegen. Denn ohne hochwertige Technologien aus dem Westen nützen den Förderländern ihre Schätze nicht. Beide Seiten sollten eine Reziprozität herstellen. Deutschland und die EU müssen sich auf der Suche nach verlässlichen Rohstoffpartnern nach Osten wenden, wo sich die Schatzkammern Sibiriens und des Kaspischen Raumes befinden. In den letzten Jahren hat sich die deutsche Industrie aus der internationalen Rohstoffförderung zurückgezogen. Man konsumiert statt zu produzieren, doch Veränderungen stehen an. Nun heißt es, keine Zeit zu verlieren und deutsche Konzerne als Partner für den Umbau der russischen Industrie hin zu mehr Energieeffizienz auf dem russischen Markt zu platzieren. Deutsche Konzerne werden nicht umhinkommen, ihre Produktion dort anzusiedeln, wo die Rohstoffzufuhr gewährleistet wird. Deutschland ist, aufgrund seiner hohen Umweltauflagen für die Unternehmen ein zu teurer Produktionsstandort geworden, in Zukunft kann die Rohstoffveredelung in Russland erfolgen. Andererseits sind die Zeiten, in denen Russland nur Rohstoffanhängsel des Westens war, vorbei. Der Westen kann Russland nicht mehr ausschließlich als Steigbügelhalter für die Mehrung seines Wohlstandes betrachten. Eine künftige europäische Rohstoffholding muss auf Gleichberechtigung basieren, die nicht nur eigennützigen Interessen

folgt. Idealerweise sollte das größte europäische Land, Russland, in diese Strategie eingebunden werden. Eine deutsche Beteiligung an Rohstoffkonzernen in Russland wäre wünschenswert.

Das Konfliktprojekt „Nord Stream II“

Kein energetisches Infrastrukturprojekt hat in Europa so viel Unmut erzeugt und Gegnerschaft hervorgerufen, wie die zweite Ostseepipeline Nord Stream II. Seit 2011 existiert bereits die erste Ostseepipeline Nord Stream I, die jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Westsibirien nach Deutschland transportieren kann. Nord Stream II soll künftig die gleiche Menge für Kunden in der Europäischen Union über Deutschland bereitstellen. Bislang wurden 150 Milliarden Kubikmeter Erdgas durch die schon bestehende Erdgaspipeline über die Ukraine aus Russland nach Europa gepumpt. Russland benötigt die Nord Stream Alternativen zur ukrainischen Pipeline, weil, aus Moskauer Sicht, eine korrekte und vollständige Energieversorgung über die Ukraine aufgrund technischer und politischer Probleme nicht mehr gewährleistet werden kann. Russland pocht, nach zahlreichen ernsthaften Konflikten mit der Ukraine, auf sein Recht, die Erdgaslieferungen nach Europa zu diversifizieren. Deutschland ist für die Kooperation mit Russland, weil es zu einem Hub (Versorgungsverteiler) für Erdgas in Europa werden würde. Während die EU den Bau der Nord Stream I noch „durchgewinkt“ hat, versucht sie das Projekt Nord Stream II mit aller Macht zu verhindern. Und plötzlich spielten sogar die USA eine Führungsrolle auf dem europäischen Energiemarkt, indem sie warnen, dass die Nord Stream II die Energiesicherheit Europas gefährdet. Eine Koalition aus USA und Russland-kritischen Staaten Mittelosteuropas versucht mit allen Mitteln das umstrittene Projekt zu kippen. Das umstrittene Projekt könnte in der Tat zu einem Sanktionskrieg zwischen den USA und Westeuropa führen, sollten die USA ihre Warnung wahrnehmen, westeuropäische Konzerne für ihre Zusammenarbeit mit russischen Energieriesen zu bestrafen. Ohne die

Unterstützung des Projektes durch die deutsche Bundesregierung wäre Nord Stream II niemals zustande gekommen. Doch warum hat sich die Bundesregierung so stark für das umstrittene Projekt eingesetzt und einen ernsthaften Bruch mit den USA und anderen EU Ländern riskiert? Zunächst hat die deutsche Bundesregierung verstanden, wie wichtig die Erdgaswirtschaft für die Zukunft Europas ist. Deutschland ist ein Musterland bei der Energiewende, welche Atomenergie sowie fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle durch alternative Energiequellen in kürzester Zeit ersetzen soll. Alleine auf erneuerbare Energie zu setzen, funktioniert nicht. Umso wichtiger ist Erdgas als Brückenbrennstoff auf dem Weg in eine neue Ära. Zudem hat Deutschland in der Nachkriegszeit gute Erfahrungen mit der Sowjetunion im Gashandel gemacht. Die erfolgreiche Ostpolitik der 1970er Jahre beruhte nicht zuletzt auf dem berühmten Gas-Röhren-Geschäft. Seit dieser Zeit sind viele deutsche Firmen in Russland präsent. Sie wollen in Russland tätig bleiben und üben Druck auf die Bundesregierung aus, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Erdgasressourcen in Europa zur Neige gehen. Europa wird in 5-10 Jahren weitgehend auf eigene Erdgasförderung verzichten müssen – und mehr Erdgas aus Nicht-EU-Ländern importieren. Infrage kommen hier als Lieferanten nur Russland, Norwegen, die arabischen Länder und die Vereinigten Staaten. Deutschland bringt wirtschaftliche Argumente hervor. Die eigentlichen Argumente gegen die Pipeline werden aber aus politischen Gründen vorgetragen. Die USA und viele mittelosteuropäische Länder sehen in Russland, vor allem nach der Krim Annexion und dem Krieg in der Ostukraine, wieder den alten Aggressor aus dem Kalten Krieg. Sie sehen in der Energiepartnerschaft Russland – Deutschland eine wirtschaftspolitische Verankerung Russlands in Europa – die sie ablehnen und bekämpfen. Sie wollen verhindern, dass Russland durch Erdgasexporte Gelder auf dem westlichen Markt akquiriert, die Moskau in seine Rüstungsindustrie investieren könnte. Außerdem

wollen die USA ihr eigenes Erdgas – das in großen Mengen geförderte Flüssiggas – konkurrenzlos an seine westlichen Verbündeten verkaufen. US-Flüssiggas ist derzeit noch teuer, aber die Markttendenzen sind schwer vorherzusagen. Sobald sich auch die Infrastruktur entwickelt und die Terminals für die Aufnahme von Flüssigkeitsgas ausgebaut werden, können US-Exporte in den nächsten 10 bis 15 Jahren durchaus russisches Erdgas verdrängen - obwohl russische Erdgaslieferungen seit einem halben Jahrhundert die europäische Energieversorgungssicherheit stets garantiert haben und Russland für seine positive Rolle als Energielieferant nicht bestraft werden dürfte. Dass Russland den Gashahn zudrehen könnte, wie in Polen und im Baltikum stets behauptet wird, ist höchst unwahrscheinlich. Russland unterbrach den Zufluss in der Vergangenheit nur zweimal, nachdem die Ukraine ihre Rechnungen nicht bezahlt hatte. Eigentlich ein normaler Vorgang: wer nicht bezahlt, bekommt auch keine Ware. Das sollte in einer Marktwirtschaft legitim sein. Trotzdem hat Kiew in den Jahren 2006 und 2009 den Schwarzen Peter erfolgreich an Russland weiter gegeben. Im Energiesektor wurde seit zwei Jahrzehnten ein russisches Feindbild aufgebaut.

Asien als echte Alternative für Russland

Der Chef der OMV [Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung] , Rainer Seele, warnt nicht zu Unrecht, dass die permanenten Streitigkeiten um russisches Erdgas in Moskau die berechtigte Frage aufwerfen, ob der europäische Markt überhaupt noch russischen Interessen entspricht. Denn wenn mit Europa zu viele Risiken verbunden sind, werden sich die russischen Investoren zurückziehen. Russland hat mit Asien eine echte Alternative, was Europa oft nicht wahrhaben will. Ein eurasischer Energiemarkt ist gerade am Entstehen. Das westliche Hauptargument, man dürfe sich nicht einseitig von Russland abhängig machen, stimmt nicht. Russlands Gaslieferungen machen nur knapp 40% der gesamten Gasimporte in die EU aus. Im

gegenwärtigen gesamten Energiemix befindet sich Erdgas noch weit hinter Kohle und Erdöl. Außerdem haben die Europäer ihren Gasmarkt längst erfolgreich diversifiziert, ein unerwarteter Engpass aus Russland kann sofort durch andere Lieferanten wettgemacht werden. Falls die EU um jeden Preis auf russisches Erdgas verzichtet, muss sie sich von Amerika abhängig machen. Die USA kritisieren, dass Russland Energie als „Waffe“ gegen den Westen benutzen würde. Der Verdacht liegt nahe, dass durch die Ausschaltung des Konkurrenten Russland dann die USA die Hebel besitzen würde, um die Energiepolitik in Europa zu kontrollieren. Zur Wahrheit gehört, dass letztendlich nur wenige Staaten in der Europäischen Union verbleiben, die sich für eine Fortsetzung der traditionellen Energieallianz mit Russland einsetzen, darunter Deutschland, Österreich und Italien. Die Zeit spielt aber nicht gegen Russland. Wenn sich die EU aus klimapolitischen Verpflichtungen von Öl und Kohle trennt, benötigt sie verstärkt Erdgas. Und – Animositäten gegen Russland hin oder her – die EU-Verbraucher werden letztlich dankbar sein, wenn es ausreichend viele Pipelinekapazitäten gibt, um auch in sehr kalten Wintern, die zunehmen werden, zusätzliche Mengen an Erdgas aus Russland zu beziehen. Nord Stream 2 wird umgesetzt, für Deutschland ist die Ostseepipeline zu einer Frage des Anstandes geworden. Deutschland ist nicht gewillt, Amerika in allem nachzugeben. Die Länder Mitteleuropas wollen dagegen ein dominantes Amerika in Europa und folgen bereitwillig amerikanischen Interessen. Sie sind nach Westen mehr über die NATO als über die EU eingetreten. Natürlich ist die Bundesregierung Kompromisse eingegangen, um die USA zu besänftigen und die deutsche Führungsrolle in Europa nicht zu gefährden. So hat sie dem amerikanischen Flüssiggas die Türen geöffnet und damit auch Polen suggeriert, dass Deutschland bereit ist, US-Flüssigkeitsgas nach Osteuropa zu leiten. Trotzdem ist ein Wirtschaftskrieg gegen die USA nicht gänzlich auszuschließen. Die USA könnten die Sanktionsschraube gegen Russland noch anziehen. Dass die EU

Russland für die Krim-Annexion bestraft wollte, liegt auf der Hand. Die EU wollte Moskau zwingen, in der Ostukraine auf eine friedliche Lösung hinzuarbeiten. Was aber die US-Sanktionen gegen Russland betrifft, so richten sich diese auf eine Zerstörung strategischer Industriezweige Russlands. Vor allem wollen die USA ihren Konkurrenten Russland im Energiegeschäft ausschalten. Die EU will solch harte Maßnahmen gegen Russland nicht mittragen. In Deutschland machen sich inzwischen Strategen darüber Gedanken, wie sie das krisenbehaftete Verhältnis zu Russland verbessern könnten. Niemand von den namhaften EU-Politikern hat ernsthaft vor, Amerika den Rücken zu kehren und ein Bündnis mit Russland einzugehen, obwohl in der Vergangenheit Russland durchaus ein willkommener Verbündeter europäischer Großmächte gewesen war. So, wie der französische Präsident Emmanuel Macron, wäre auch Bundeskanzlerin Merkel nicht abgeneigt, mit Russland auf Tuchfühlung zu gehen. Von Russland verlangt sie ein Ende des Denkens in Einflusszonen. Für die europäische Sicherheitsarchitektur wäre in der Tat das Verschwinden von Einflusszonen vonnöten – aber dann dürfte sich auch die NATO nicht weiter bis an die Grenzen Russlands ausdehnen. Eine Neutralität eines Landes wie der Ukraine würde viele der gegenwärtigen Probleme lösen.

Das „Europäische Haus“ als verpasste Chance

Vermutlich war es der große historische Fehler des Westens und Russlands nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen, kein gemeinsames europäisches Haus zustande gebracht zu haben. Die Chance dazu bestand. Neben dem wiedervereinigten Deutschland hätte ein sich aus eigener Kraft vom Kommunismus befreites Russland damals in ein gemeinsames Europa integriert werden müssen. Russland blieb jedoch außen vor und befindet sich heute mehr in Asien, als in Europa. Russland wird immer stärker Teil der kommenden asiatischen Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur. Für Europa würde ein Verlust Russlands katastrophale Auswirkungen

haben. Das Problem besteht allerdings darin, dass eine Verschmelzung des westlichen und östlichen Teils des europäischen Kontinents völlig neue Institutionen erfordert. Denn Russland kann nicht Mitglied der EU und NATO werden. Ein solches Großeuropa wäre auch keine liberale Wertegemeinschaft mehr, sondern eine Interessensgemeinschaft – die sich aber durchaus erfolgreich gegen die globalen Herausforderungen stemmen könnte. Es ist sicherlich schwierig, sich ein Europa vorzustellen, in dem Russland, aufgrund seiner Größe, eine Führungsrolle, wie sie heute Frankreich und Deutschland spielen, beanspruchen würde. Die heutige europäische Friedensordnung wurde maßgeblich von den USA kreiert. Zwischen den USA und der EU besteht eine Schicksalsgemeinschaft, ein fast religiöses Gefühl ewiger Verbundenheit. Amerika hat schließlich den Wohlstand und die Freiheit Westeuropas im Zweiten Weltkrieg und im späteren Kalten Krieg erstritten. Das kommunistische Russland war dagegen 45 Jahre lang der Okkupant Osteuropas. Viele Stimmen in Westeuropa fordern eine neue Ostpolitik gegenüber Russland. Die Ostpolitik Westdeutschlands gegenüber der Sowjetunion habe über die Formel „Handel durch Wandel“ schließlich den friedlichen Wandel in Osteuropa ermöglicht. Doch die Bundesregierung hält nichts von einer Neuauflage der Ostpolitik Willy Brandts. Damals, argumentiert man, war die Sowjetunion der einzige Ansprechpartner im Osten gewesen. Von Moskau hing die Wiedervereinigung Deutschlands ab. Deshalb war eine Befriedungspolitik notwendig. Heute jedoch bildet nicht mehr Russland, sondern die neuen souveränen und früheren Warschauer-Pakt-Staaten den Schwerpunkt Osteuropas. Die Weltanschauung, Interessen und Wünsche ihrer neuen Verbündeten muss Deutschland ernster nehmen, als die Russlands. Viele der neuen NATO- und EU-Mitgliedsländer sehen in allem Russland als den Aggressor. Bundeskanzlerin Merkel wurde kurz nach ihrer Wahl 2005 mit dem berühmten Satz zitiert: „Ich werde nach Moskau nur noch über Warschau fahren“. Im Grunde genommen verzichtete Berlin auf eine deutsche Russlandpolitik

zugunsten einer europäischen. In Wirklichkeit aber hat sich die Merkel-Regierung an die alten Traditionen der westdeutschen Ostpolitik doch gehalten. In zwei entscheidenden Punkten stellte sie sich an die Seite der Russen und stimmte gegen ihre transatlantischen und osteuropäischen Verbündeten. Auf dem Bukarester NATO Gipfel 2008 versuchten die USA die beiden Ex-Sowjetrepubliken Ukraine und Georgien in die NATO zu ziehen. Putin hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 die Fortsetzung der NATO-Osterweiterung auf das ehemalige Gebiet der UdSSR als eine Überschreitung der „roten Linie“ bezeichnet. Berlin und Paris stoppten die US-Pläne bezüglich der Ukraine und Georgiens. Das zweite Mal stellte sich Deutschland in Fragen der Energiepartnerschaft an die Seite Russlands. Gegen heftigste Widerstände aus den USA und Mittelosteuropa wurde die zweite Ostseepipeline Nord Stream 2 gebaut, die künftig Deutschland mit zusätzlichem Erdgas aus Russland versorgen soll. Immerhin setzte Berlin aber gegenüber Russland durch, dass die Ukraine auch weiterhin als Transitland für russisches Gas nach Europa bestehen würde. Auch versprach Deutschland, um das Argument zu hoher Abhängigkeiten von Russland zu umgehen, Flüssigkeitsgas aus den USA zu beziehen. Russland und Deutschland bleiben in wichtigen Fragen zerstritten. Eine Einigung über solche existentiellen Fragen, wie eine Reform der europäischen Sicherheitsarchitektur, gemeinsame Energiepolitik, Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, Partnerschaft zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion, gemeinsame europäische Geschichte – ist derzeit anscheinend nicht möglich. Die Gründe für die tiefe Entfremdung sind vielfältig. In Deutschland würde man sagen: die alleinige Schuld für den Konfliktzustand trägt Russland. Russland habe sich von der Demokratie entfernt und bedränge seine kleinen Nachbarstaaten. Russland sieht den Grund genau umgekehrt: in der NATO-Einkreisung russischen Territoriums und im westlichen Ignorieren russischer nationaler Interessen. Objektiv gesehen,

streiten sich Deutschland und Russland wegen drei Aspekten. Erstens – die USA wollen um jeden Preis verhindern, dass Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder zu einem Gegenspieler des Westens wird. Die USA sind auch nicht an einer Integration Russlands in Europa interessiert. Statt einem von Deutschland und Frankreich favorisierten Gesamteuropa von Lissabon bis Wladiwostok forcieren die USA ein Europa von Vancouver bis Donezk, also eine Transatlantische Gemeinschaft mit Ausschluss Russlands.

Russland gegen NATO-Osterweiterung

Der zweite Aspekt ist die Spaltung Europas in zwei Russland-Lager, das eine positiv, das andere negativ. Die Länder des „alten Europa“, allen voran Deutschland und Frankreich, hatten sich mit Russland in den 1990er Jahren ausgesöhnt. Die erfolgreiche deutsche Wiedervereinigung 1990 sollte das Fundament für ein künftiges freies und friedliches Europa mit Russland bilden. In Osteuropa sieht es anders aus, dort haben sich die ehemaligen Warschauer Pakt Staaten mit Russland noch nicht ausgesöhnt; im Gegenteil – seit dem NATO- und EU-Beitritt der osteuropäischen Länder herrscht zwischen ihnen und Russland ein Kalter Krieg. Drittens leben Europäer und Russen wieder in zwei unterschiedlichen Werte- sowie Gesellschaftssystemen. Der Westen – im liberalen, Russland – in einem national-traditionalistischen. Beide Seiten erheben aber ihren Anspruch auf Modellcharakter für Gesamteuropa. Russland opponiert gegen eine US-Hegemonie in Europa, gegen die NATO-Osterweiterung bis ins postsowjetische Territorium und gegen den westlichen Werte-Liberalismus. In allen drei Konfliktfeldern sieht Russland eine Attacke des Westens gegen Russland. Der Westen sieht sich derweil als Sieger im Kalten Krieg. Russland ist in den Augen des Westens ein Verlierer dieses Krieges, hat nichts mehr zu melden und ist geopolitisch irrelevant. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe, bei der der Westen Abstriche am eigenen Weltbild machen und Russlands Interessen berücksichtigen müsste – ist westlichen Eliten

anscheinend fremd. Russland hat zunächst diese Attitüde des Westens nicht verstanden, lange auszusitzen versucht und ist jetzt gewillt, seine Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Russland und der Westen benötigen dringend eine gemeinsame Aufgabe – vielleicht ein gemeinsames Feindbild und gemeinsame Herausforderungen, die man nur zusammen angehen könnte. Vor 20 Jahren schien der Kampf gegen den islamischen Terrorismus ein solches gemeinsames „Projekt“ zu sein. Eine internationale Allianz gegen den islamistischen Terror scheiterte aufgrund gravierender Interessensunterschiede und einer neuerlichen Spaltung zwischen Russland und dem Westen im Nahen und Mittleren Osten. Jetzt tut sich eine Chance für eine globale Zusammenarbeit auf. Die EU befindet sich mitten in einer neuen Revolution – Umweltschutz, Klimaschutz, grüner Wirtschaft und Bekämpfung der Pandemie. Die Angst vor Atomwaffen ist der Angst vor einem ökologischen Supergau und einer Infizierung von Zweidrittel der Menschheit durch das Coronavirus gewichen. Millionen von Menschen in Europa sind wie elektrisiert, leben in Angst. Die EU sollte Russland und China neuartige Allianzen zur Rettung der globalen Umwelt und Gesundheit anbieten. Der Mehrwert der Zusammenarbeit in Pharmazie, Medizintechnik, Umweltschutz, Klima, Energie, Ressourcen wäre neues Vertrauen, Arbeitsteilung, neue globale Institutionen zur Durchsetzung der gemeinsamen Ziele. Dadurch würde man auch automatisch wieder zum fairen Welthandel, zur sozialeren Gerechtigkeit und letztendlich zur Friedenspolitik gelangen. Eine neuartige Weltwirtschaft würde nach dem Ende der Carona-Krise entstehen, und die Chance besteht, dass sie weniger konfrontativ wird. Mit vereinten Kräften würde man ärmeren Ländern in Afrika unter die Arme greifen. Universeller Umwelt- und Gesundheitsschutz werden dringlicher als Börsengewinne und Geldvermehrung. Was spricht gegen diese Allianz?

Dialog und Kommentare zum Rahr-Vortrag

Manfred Backerra Sie bezeichnen die Vereinigung der Krim an Russland als „Annexion“, was per Definition gewaltsame Eingliederung eines fremden Territoriums bedeutet. Da eine solche nicht stattgefunden hat, ist die Bezeichnung unzutreffend. Wesentliche staatliche Institutionen bis hin zur Flotte und zur Armee auf der Krim hatten sich bereits vor dem Termin eines Referendums für oder gegen die Vereinigung mit Russland dessen Regierung unterstellt. Die Bevölkerung votierte fast in Gänze für Russland, was auch von Gegnern nicht russischem Zwang zugeschrieben wird. Ob man die Vereinigung politisch oder völkerrechtlich für legitim hält oder nicht (siehe dazu das Deutschland-Journal Sonderausgabe 2016 in www.swg-hamburg.de), selbst wenn man Russland eine unzulässige Unterstützung der Separatisten vorwerfen kann – eine gewaltsame Eingliederung wird Russland nicht einmal vom „Westen“ vorgeworfen, man begnügt sich mit der Falschettiketierung „Annexion“.

Alexander Rahr Herr Backerra hat natürlich Recht. Es gab völkerrechtlich gesehen 2014 keine Krim-Annexion seitens Russlands. Die Menschen auf der Krim forderten schon immer, seitdem sie nach dem Zerfall der Sowjetunion Teil des neuen Staates Ukraine geworden waren, eine Unabhängigkeit von Kiew. Die absolute Mehrheit der Krim-Bevölkerung sah sich auch 25 Jahre danach als Russen, nicht als Ukrainer. Russland hatte seit dem Zerfall der UdSSR das verbrieftete Recht, bis zu 25000 Militärangehörige als Teil der Schwarzmeerflotte auf der Krim zu stationieren. Während der Westen von Annexion sprach, argumentierte Russland, es müsse seine Flotte vor einer bevorstehenden NATO Erweiterung auf die Ukraine schützen. Eine damals wahrscheinlich gewordene Vertreibung der Schwarzmeerflotte aus der Krim hätte das Aus für Russland als globale Seemacht bedeutet, mit unausweichlichen Konsequenzen für den Großmachtstatus Russlands im

21. Jahrhundert. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wäre eine westliche Kriegserklärung an Russland gewesen. Putin hat so reagiert, wie Kennedy in der Kuba Krise 1962. Es ist gut, dass der Westen dies heute versteht. Ich habe den Terminus „Annexion“ nur gewählt, weil er in der westlichen Politikwissenschaft so verankert ist. Die Begriffe „Wiedervereinigung“ oder „Ausgliederung“ hätten mir unweigerlich die Kritik eingebracht, nur das russische Narrativ zu bedienen. Mir ging es im Beitrag nicht so sehr darum, den Fall Krim aufzurollen, sondern weitaus wichtigere Akzente für die Zukunft unserer Beziehungen zu setzen. Der Leser sollte mir das bitte nachsehen.

Manfred Backerra Es heißt im Vortrags-Text: „Zwischen den USA und der EU besteht eine Schicksalsgemeinschaft, ein fast religiöses Gefühl ewiger Verbundenheit. Amerika hat schließlich den Wohlstand und die Freiheit Westeuropas im Zweiten Weltkrieg und im späteren Kalten Krieg erstritten. Das kommunistische Russland war dagegen 45 Jahre lang der Okkupant Osteuropas.“ Dies wird in der Tat offiziell so bekundet. Doch wer den Anteil Roosevelts an der Entfaltung des Zweiten Weltkriegs kennt, wird die hier behauptete Rolle der USA in diesem Krieg nicht nachvollziehen können. Außerdem besteht das Gefühl, einer Schicksalsgemeinschaft anzugehören, offenbar nur in Europa. Denn spätestens seit 1999 (Angriff auf Serbien) haben die USA in Europa sowie von Afghanistan bis Libyen alle Gebiete ins Chaos gestürzt, die für Europa von besonderem Interesse sind. Ihre Wirtschaftssanktionen schaden vor allem Europa. Schicksalsgemeinschaft sieht anders aus.

Manfred Backerra Wenn Europa weiterhin die Zusammenarbeit mit Russland verweigert, wird das Land in mehrfacher Hinsicht geschwächt. Russland muss aber stark bleiben, damit es sein Territorium im Osten und Fernen Osten mit allen Erdschätzen in sicherem Besitz behält. Fällt das Gebiet an China, sind die Ressourcen für Europa verloren. Was sagt der Fachmann zu dieser Befürchtung?

Alexander Rahr Ich habe in meinen Büchern immer die These vertreten, dass eine Kolonisierung Sibiriens – des grössten Rohstoffreservoirs der Welt – durch die Chinesen (im theoretischen Falle eines schwächer werdenden Russlands) nicht nur eine Tragödie für Russland wäre, sondern auch einen nicht wieder rückgängig zu machenden Verlust für Gesamt-Europa bedeuten würde. Es macht mich tief betroffen, dass der Westen diese Gefahr nicht begreift.